

SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt

Außerordentlicher Landesparteitag  
am 19. Dezember 2009  
in Magdeburg

# Beschlussbuch

Fassung: 11. März 2010



## Inhalt

|  |    |
|--|----|
| 01. Einführung eines „Allgemeinen gesellschaftlichen Jahres“ (AGJ) .....   | 4  |
| 02. Änderung des Gesetzes zur Arbeitnehmerüberlassung .....  | 4  |
| 03. Einführung einer Mindestlohnkommission .....   | 5  |
| 04. Demografie-Checks ausbauen .....   | 5  |
| 05. Notwendige Entgeltsteigerung für Einrichtungen der Behindertenhilfe in Sachsen-Anhalt  | 6  |
| 06. Keine Privatisierung von Unikliniken .....   | 6  |
| 07. Evaluierung der „Hartz-Gesetze“ .....  | 6  |
| 08. Erforschung der häuslichen Gewalt in Sachsen-Anhalt .....  | 7  |
| 09. ALG II / Kosten der Unterkunft.....  | 7  |
| 10. Kinderschutz wieder auf die Tagesordnung .....   | 7  |
| 11. Zurücknahme der pauschalen Kürzungen im Bereich der freiwilligen Leistungen und<br>öffentliche Diskussion über deren Verteilung..... | 8  |
| 12. Weiterführung des Fachkräfteprogramms.....   | 8  |
| 13. Verhinderung des Betreuungsgeldes – Investitionen in den Ausbau der Kinderbetreuung<br>.....   | 8  |
| 14. Korruption auch in der Kommune wirkungsvoll bekämpfen.....   | 9  |
| 15. Elektronische Petitionen .....   | 9  |
| 16. Identifikationsnummer für Polizeibeamte im Einsatz .....   | 9  |
| 17. Ansage des Mobilfunknetzes vor jedem Rufaufbau .....   | 10 |
| 18. Meldepflicht bei Verlust von personenbezogenen Daten .....   | 10 |
| 19. Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger.....  | 10 |
| 20. Verschärfung des Jugendschutzgesetzes in Bezug auf den Konsum von Alkohol und<br>Tabakwaren .....                                    | 11 |
| 21. Nichtraucherchutz.....   | 11 |
| 22. Mehr Geld für Bildung.....   | 12 |
| 23. Ergänzungsprogramme für überbetriebliche Ausbildungsprogramme.....   | 12 |
| 24. Resolution .....   | 12 |
| 25. Einführung eines verpflichtenden Unterrichtsprojekts im Schulalltag .....  | 13 |
| 26. Bildung von Anfang an vor Ort.....   | 15 |
| 27. Voraussetzungen für den gemeinsamen Unterricht in Sachsen-Anhalt prüfen.....   | 21 |
| 28. Aufgabenorientierte Budgetzuweisung für die Hochschulen .....  | 21 |
| 29. Sportförderung an Schulen.....   | 22 |
| 30. Modell der Allgemeinbildenden Oberschule.....  | 22 |
| 31. Weitere Universitätsfinanzierung ab 2020 .....   | 22 |
| 32. Bündelung aller energiepolitischen Zuständigkeiten in einem Landesministerium .....  | 23 |
| 33. Energie.....   | 23 |
| 34. Gestaltung der Globalisierung: Aufgabe für die deutsche Sozialdemokratie .....   | 24 |
| 35. Urwahl der/des Spitzenkandidatin/en für die Landtagswahl 2011 .....  | 25 |

|  |    |
|--|----|
| 36. Anschaffung eines Kleintransporters .....  | 26 |
| 37. Resolution zur Besetzung des neuen Landesvorstandes.....                                 | 26 |
| 38. Wir bleiben linke Volkspartei – neue Mehrheiten für soziale Politik möglich machen ..... | 26 |
| 39. Solidarische Listenaufstellung zur Europawahl.....                                       | 29 |
| 40. Unterstützung der Kandidatenfindung für kommunale Wahlämter .....                        | 29 |
| 41. Stärkung der SPD-Arbeit vor Ort .....  | 29 |
| 42. Arbeit der Fachausschüsse .....  | 30 |
| 43. Mitgliederwerbung .....  | 30 |
| 44. Wahlparteitag .....  | 30 |
| 45. Antragskommission .....  | 30 |
| 46. Ein langfristiges SPD-Zeitungsprojekt für Sachsen-Anhalt.....                            | 31 |
| 47. Erweiterung der sozialdemokratischen Präsenz im Hinblick auf das Internet.....           | 31 |
| 48. Zur Erneuerung der SPD .....   | 31 |
| 49. Koalitionsaussagen .....   | 32 |
| 50. Quotierung des Landesvorstandes .....  | 32 |
| 51. Bürgerfreundliche und moderne Rundfunkgebühren-Reform.....                               | 33 |
| 52. Anrechnung der Kindergelderhöhung auf Hartz IV Bezüge.....                               | 33 |

Beschluss LPT-2009

## **01. Einführung eines „Allgemeinen gesellschaftlichen Jahres“ (AGJ)**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion

In der Bundesrepublik ist ein allgemeines Gesellschaftliches Jahr (AGJ) einzuführen. Dabei werden Männer und Frauen ab dem vollendeten 18. Lebensjahr zum Dienst an der Gesellschaft verpflichtet. Dieser Dienst kann entsprechend der Leistung, Eignung und Befähigung - vor allem aber nach dem Interesse des jeweiligen Bürgers - frei gewählt werden. Zur Auswahl stehen gleichberechtigt nebeneinander zivile Dienste, entsprechend dem heutigen Freiwilligen Sozialen Jahr, Freiwilligen Ökologischen Jahr, Zivildienst u.ä., sowie der militärische Dienst. Das einzuführende AGJ hat die Dauer von einem Jahr, Befreiungen von der Dienstpflicht sind gesetzlich zu regeln.

Die bisher geltenden Gesetzen sind dementsprechend anzupassen, d.h. Art. 12a GG, Art. 12 II GG, ZDG (Zivildienstgesetz), KDVG (Kriegsdienstverweigerungsgesetz), SG (Soldatengesetz) sowie weitere davon betroffene gesetzliche Vorschriften.

In Erwägung gezogen werden sollte zudem, ob man jungen Menschen, die sich nach dem AGJ für eine Berufsbildung in der Branche ihres geleisteten Dienstes entscheiden, ausbildungsrelevante Teile des AGJ auf ihre Ausbildungszeit anrechnen kann.

Beschluss LPT-2009

## **02. Änderung des Gesetzes zur Arbeitnehmerüberlassung**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, in Anlehnung an den Beschluss des Bundesparteitages darauf hinzuwirken, das Gesetz zur Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeitsgesetz) dahingehend zu verändern, dass

- ein zeitlich befristeter Einsatz von Leiharbeitern zum Abbau von Arbeitsspitzen möglich ist. Es wird vorgeschlagen, eine zeitliche Begrenzung von max. sechs Monaten mit der Möglichkeit der zweimaligen Verlängerung einzuführen;
- der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchgesetzt wird;
- die Mitbestimmung auch der Leiharbeiter im Entleihbetrieb gewährleistet wird.

Beschluss LPT-2009

### **03. Einführung einer Mindestlohnkommission**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion

Der SPD-Landesverband fordert von der SPD-Landesgruppe Ost im Deutschen Bundestag sich dafür einzusetzen, dass eine Mindestlohnkommission nach dem Vorbild der britischen „low pay commission“ durch den Bundestag einberufen wird.

Sie soll sich paritätisch aus renommierten Wissenschaftlern sowie Vertretern von Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden zusammensetzen und rasch einen Vorschlag über einen Zeitfahrplan zur Einführung flächendeckender Mindestlöhne in der Bundesrepublik vorlegen.

Regelmäßige Evaluationen der eingeführten Mindestlöhne sind vorzusehen.

Zentral bleibt die Forderung, dass ein Mindestlohn nicht nur ausgewählten Branchen, sondern der Gesamtheit der Arbeitnehmer zu Gute kommt und damit die Beschränkungen des Entsendegesetzes überwindet.

Sollte ein entsprechender Antrag im Deutschen Bundestag keine Mehrheit finden, wird die SPD-Fraktion beauftragt eine gleichartige Kommission ins Leben zu rufen, die im Auftrag der SPD einen Modellweg zur Einführung von Mindestlöhnen erarbeitet.

Beschluss LPT-2009

### **04. Demografie-Checks ausbauen**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion:

Die SPD Sachsen-Anhalt spricht sich dafür aus, bei allen Vorhaben der Öffentlichen Hand sogenannte „Demografie-Checks“ analog zu dem des Ministeriums für Gesundheit und Soziales bei allen künftigen Förderverfahren (insbes. Investitionsentscheidungen) verbindlich mit zu berücksichtigen.

Beschluss LPT-2009

## **05. Notwendige Entgeltsteigerung für Einrichtungen der Behindertenhilfe in Sachsen-Anhalt**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Der SPD-Landesparteitag bittet die SPD-Landtagsfraktion sich für eine notwendige und angemessene Entgeltsteigerung für die Einrichtungen der Behindertenhilfe in Sachsen-Anhalt einzusetzen. Dabei ist zu beachten, dass ein bundesweiter Kennzahlenvergleich der Sozialhilfe der Länder (con-sens-Studie), verdeutlicht, dass die Vergütungen der Leistungen der Behindertenhilfe in Sachsen-Anhalt über 30% unter dem Bundesdurchschnitt liegen!

Beschluss LPT-2009

## **06. Keine Privatisierung von Unikliniken**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion:

Der SPD-Landesverband fordert von der SPD-Landtagsfraktion sich dafür einzusetzen, dass die beiden Universitätskliniken im Land Sachsen-Anhalt nicht privatisiert werden.

Beschluss LPT-2009

## **07. Evaluierung der „Hartz-Gesetze“**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktion

Der SPD-Landesverband fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, eine Evaluierung der sogenannten „Hartz-Gesetze“ und ihrer Folgen für den Arbeitsmarkt und das soziale Klima in Deutschland vorzunehmen, die dem Ziel der Beseitigung von bisher aufgetretenen Fehlern und Schwächen sowie des negativen Images von „Hartz IV“ dient.

Beschluss LPT-2009

## **08. Erforschung der häuslichen Gewalt in Sachsen-Anhalt**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Der SPD-Landesverband fordert die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass die Landesregierung eine wissenschaftliche Studie zum Ausmaß psychischer und physischer Gewalt sowie zur Geschlechterverteilung bei der Täter-Opfer-Relation bei häuslicher Gewalt in Sachsen-Anhalt noch innerhalb der aktuellen Legislaturperiode in Auftrag gibt.

Beschluss LPT-2009

## **09. ALG II / Kosten der Unterkunft**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

1. Die sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister der Landesregierung werden gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die Landesregierung gegenüber dem Bund eine angemessene Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft einfordert.
2. Die Landkreise und kreisfreien Städte Sachsen-Anhalts werden gebeten, bei der Festsetzung der Mietobergrenzen nicht nur die eigene Finanzsituation, sondern auch – ressortübergreifend – die sozialen, wirtschaftlichen, stadtentwicklungsmäßigen und anderen Auswirkungen zu berücksichtigen.

Beschluss LPT-2009

## **10. Kinderschutz wieder auf die Tagesordnung**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand

Der SPD-Landesverband wird aufgefordert, weitere substanzielle Verbesserungen zum Kinderschutz in den Entwurf des Wahlprogramms für die Landtagswahl 2011 aufzunehmen.

Beschluss LPT-2009

## **11. Zurücknahme der pauschalen Kürzungen im Bereich der freiwilligen Leistungen und öffentliche Diskussion über deren Verteilung**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, die pauschalen Kürzungsvorschläge auf dem Gebiet der verschiedensten Träger im Bereich der sozialen Arbeit abzulehnen. Eine Debatte auf diesem Gebiet ist Sache aller Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und darf deshalb nicht einer Pauschalkürzung seitens der Landesregierung unterliegen. Vielmehr ist es notwendig mit allen Betroffenen, angefangen bei den Einrichtungen selbst über die von diesen Einrichtungen Profitierenden bis hin zu allen Menschen in unserem Land, in eine tiefer gehende offene Diskussion einzusteigen.

Beschluss LPT-2009

## **12. Weiterführung des Fachkräfteprogramms**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, die Förderung für das Fachkräfteprogramm in der Kinder- und Jugendhilfe in Sachsen-Anhalt in der bisherigen Höhe weiterzuführen.

Beschluss LPT-2009

## **13. Verhinderung des Betreuungsgeldes – Investitionen in den Ausbau der Kinderbetreuung**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundestagsfraktion und die Landesgruppe Ost werden aufgefordert, sich aktiv dafür einzusetzen, dass das für 2013 beschlossene Betreuungsgeld noch vor Einführung wieder abgeschafft wird.

Der Ausbau der Kinderbetreuung muss höchste Priorität haben. Dabei geht es nicht nur um Plätze für unter Dreijährige, sondern auch um Ganztagsplätze für 3-6jährige Kinder, die vielerorts noch nicht vorhanden sind. Die Bundestagsfraktion und die Landesgruppe Ost soll die Bundesregierung auffordern, ihre Bemühungen darauf zu konzentrieren und das für das Betreuungsgeld vorgesehene Budget dafür zu verwenden.



Beschluss LPT-2009

## **14. Korruption auch in der Kommune wirkungsvoll bekämpfen**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten zu prüfen, ob in die Landkreis- bzw. Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt die verpflichtende Bildung von Sonderstellen zur Korruptionsbekämpfung und Korruptionsprävention in den Landkreisen und kreisfreien Städte aufgenommen werden kann und inwieweit dafür weitere rechtliche Regelungen erforderlich sind.

Beschluss LPT-2009

## **15. Elektronische Petitionen**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass Petitionen im Sinne der Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt (§§ 47-51 GO-LSA-LT) nicht nur schriftlich per Post, sondern auch elektronisch über das Internet eingereicht werden dürfen

Beschluss LPT-2009

## **16. Identifikationsnummer für Polizeibeamte im Einsatz**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Die SPD Sachsen-Anhalt fordert für uniformierte Landespolizeibeamte die Einführung von gut und leicht erkennbaren Personenidentifikationsnummern bzw. Erkennungszeichen an der Einsatzbekleidung. Die Identifikationsnummer soll so gestaltet sein, dass sie die Persönlichkeitsrechte des Beamten nach außen hin wahrt, jedoch landespolizeilich intern eindeutig einem Beamten zuzuordnen ist. Damit soll ein betreffender Beamter im Beschwerdefall eindeutig für den Beschwerdeführer identifizierbar sein.

Beschluss LPT-2009

## **17. Ansage des Mobilfunknetzes vor jedem Rufaufbau**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion

Wir fordern, dass auf Wunsch des Verbrauchers vor jedem Rufaufbau in ein deutsches Mobilfunknetz die Bezeichnung des Netzes kostenfrei angesagt wird. Dieser Service muss selbstverständlich kostenfrei angeboten werden.

Beschluss LPT-2009

## **18. Meldepflicht bei Verlust von personenbezogenen Daten**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion

Jeder Betrieb, der personenbezogene Daten (z.B. von Kunden, Mitarbeitern usw.) besitzt, unterliegt einer besonderen Meldepflicht. Wenn diese Daten publik werden, verloren gehen oder unbefugten Dritten Zugriff verschafft wird, muss das Unternehmen alle Betroffenen und die Strafverfolgungsbehörden unverzüglich informieren. Die Meldepflicht setzt auch kein eigenes Verschulden voraus. Ein Verstoß gegen die Meldepflicht wird mit hohen Bußgeldern geahndet.

Beschluss LPT-2009

## **19. Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Die SPD Sachsen-Anhalt spricht sich für die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Bürger in Deutschland aus. Hierbei sind alle in Deutschland gemeldeten Bürger nach 5 Jahren Aufenthalt kommunal wahlberechtigt. Nach der Aufenthaltsdauer von 5 Jahren, gilt die 3 Monatsfrist des Aufenthalts in einem Ort um die Wahlberechtigung zu erhalten.

Beschluss LPT-2009

## **20. Verschärfung des Jugendschutzgesetzes in Bezug auf den Konsum von Alkohol und Tabakwaren**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand zur Beratung

Der SPD-Landesverband fordert die SPD-Landtagsfraktion bzw. zuständigkeitshalber die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die Umsetzung folgender Punkte einzusetzen:

1. Die Anzahl der Kontrollen und die Vielfalt der Örtlichkeiten der Kontrollen, die der Überwachung der Einhaltung des Jugendschutzgesetzes, insbesondere §9 (Alkoholische Getränke) und §10 (Rauchen in der Öffentlichkeit, Tabakwaren), müssen erhöht werden.
2. Bei einer möglichen Überarbeitung des Jugendschutzgesetzes muss auch die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, dem minderjährigen Konsumenten und nicht allein dem Händler, Strafen bei Zuwiderhandlung anzudrohen.
3. Die geleistete Aufklärungsarbeit soll in ihrem derzeitigen Rahmen fortgesetzt werden, um einen erneuten Negativtrend bei den Konsumentenzahlen und Missbrauchsfällen zu verhindern.

Beschluss LPT-2009

## **21. Nichtrauchererschutz**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, in der kommenden Wahlperiode des Landtages eine Initiative für eine Änderung des Gesetz zur Wahrung des Nichtraucher-schutzes im Land Sachsen-Anhalt (Nichtraucherschutzgesetz) hinzuwirken, die ein absolutes Rauchverbot an allen Schulen des Landes, allen öffentlichen Gebäuden des Landes und der Kommunen, einschließlich des Landtages sowie allen Hochschulen und anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung durchsetzt.

Da dies von der Koalition nicht umgesetzt wurde, wird das Ziel in das Wahlprogramm für die Landtagswahl 2011 aufgenommen.

Beschluss LPT-2009

## **22. Mehr Geld für Bildung**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass mehr Geld für Bildung zur Verfügung gestellt wird.

Mehr Geld u.a. für

- aktuelle Schullernmittel
- Schulsozialarbeiter
- kostenloses Schulesen
- kostenlose Trinkwasserbereitstellung
- kostenlose Schülerbeförderung
- Ausbau von Ganztagschulen
- Modernisierung und Renovierung von allen Bildungseinrichtungen
- kostenloses Erststudium

Beschluss LPT-2009

## **23. Ergänzungsprogramme für überbetriebliche Ausbildungsprogramme**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Die SPD Sachsen-Anhalt fordert eine Weiterentwicklung und qualitative Steigerung der Ländereergänzungsprogramme für überbetriebliche Ausbildungsplätze.

Beschluss LPT-2009

## **24. Resolution**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Die SPD Sachsen-Anhalt fordert, dass der Unterricht in den Schulen Sachsen-Anhalts verstärkt für politische Bildungsarbeit genutzt wird. Dabei sind auch zivilgesellschaftliche Gruppen und Mandatsträger einzubinden.

## **25. Einführung eines verpflichtenden Unterrichtsprojekts im Schulalltag**

### ***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

#### Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, den Vorschlag zur Einführung eines verpflichtenden Unterrichtsprojekts im Schulalltag in den Bildungskonvent einzubringen.

Konzeptvorschlag: "Austausch und Zusammenarbeit"

#### (1) Ziel

Solange ein Konzept staatlicher Gesamtschulen in Sachsen-Anhalt nicht effektiv umgesetzt werden kann, müssen Wege gefunden werden, die die gleichen Ziele verfolgen und einen Ausgleich zwischen den Schulformen ermöglichen. Dies ist unserer Überzeugung nach durch ein neues Unterrichtselement zu erreichen.

Wir wollen ein Fach etablieren, welches nicht dem klassischen Schüler-Lehrer-Prinzip entlehnt ist, sondern auf kreativer und selbständiger Eigeninitiative der Schüler aufbaut und für die Jahrgänge 5 bis 10 verpflichtend sein soll. Angelehnt an die neu ausgestaltete Schuleingangsphase mit aus Erst- und Zweitklässlern bestehenden Lerngruppen soll hier die Zusammenführung von Real-/Hauptschülern und Gymnasiasten und der Austausch von Wissen und Ideen das oberste Ziel sein. Auf der Basis eines landesweiten Lehrplans sollen die Schüler in Projektgruppen durch forschendes und entdeckendes Lernen bestimmte Inhalte gemeinsam und selbständig erarbeiten. Lehrer nehmen in dieser Zeit ausschließlich eine Beobachterrolle ein und koordinieren das Stattfinden, nicht aber den inhaltlichen Ablauf des Unterrichts. Im Grunde beruht dieses Fach auf einer Art Schulaustausch ähnlich Schüleraustauschprojekten, die mit Schulen im Ausland organisiert werden.

#### (2) Reguläre Umsetzung

Der Projektunterricht soll wöchentlich als fest integrierter Bestandteil des Schulalltags stattfinden und eine Doppelstunde Unterricht dauern und an einem für alle Beteiligten gut erreichbaren Ort stattfinden.

In den Projektgruppen finden sich paritätisch Schüler einer Haupt- oder Realschule und Schüler eines Gymnasiums sowie jeweils ein Lehrer der beiden beteiligten Schulen als Koordinatoren für den Projektunterricht zusammen.

Der Projektunterricht ist aufzuteilen in:

- a) die Erarbeitung von Projektthemen und Projektzielen,
  - b) Projektarbeit, in Bereichen, die nicht bereits im konventionellen Unterricht enthalten sind,
- und
- c) die Projektpräsentation.

Für die Organisation sind die projektverantwortlichen Lehrer zuständig, die dafür ein Stundenkontingent erhalten.

### (3) Variierende Organisation je nach Altersstufe

Klassen 5-7: Die Schüler werden mit den Methoden und nötigen Kompetenzen vertraut gemacht, welche ein projektbezogener Unterricht benötigt. Die Projekte werden noch ansatzweise von Lehrer angeleitet. Dieser stellt die Aufgaben, die Schüler führen sie selbständig aus, indem sie gegenseitig als Lehrer fungieren.

Klassen 8-10: Lehrer gibt Richtlinien/Aufgaben/Arbeitsziele vor, Schüler überlegen und erarbeiten sich die Umsetzung selbständig und halten lediglich geringe Rücksprache mit dem Lehrer.

### (4) Alternativkonzept zur Behebung lokal bedingter Umsetzungsschwierigkeiten:

Da längst nicht in jeder Ortschaft unterschiedliche Schulformen für die Sekundarstufe vertreten sind, muss zudem ein Alternativkonzept herangezogen werden, welches ermöglicht, dass alle Schüler und besonders die in kleinen Städten in das Programm integriert sind und ihre Schulbildung entsprechend ergänzt werden kann. Dieses Konzept beinhaltet Folgendes: Es soll - analog zum regulären Programm 2b - Projektunterricht erfolgen. Es sollen jeweils die Jahrgänge 5 und 6, 7 und 8 sowie 9 und 10 in gemischten Projektgruppen zusammenarbeiten. Von besonderem Nutzen ist an Haupt- und Realschulen, wenn am Ende einer Projektreihe ein sichtbares Ergebnis präsentiert werden kann.

### Finanzielle Voraussetzungen:

Die Schulen müssen staatliche Gelder einfordern können für Anfahrtswege, die für die Schüler ggf. entstehen, sowie für Gruppenveranstaltungen wie Vorträge oder Führungen. Die Arbeit der verantwortlichen Lehrer ist regulär nach Stundenanzahl zu entlohnen, da sie zwar den Projektunterricht selbst weniger vorbereiten müssen als normalen Unterricht, jedoch auch für die Kooperation mit Partnern (Referenten, Betriebe; vgl. 2b) zuständig sind.

## **26. Bildung von Anfang an vor Ort**

### ***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

#### Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

#### **Vorbemerkung**

In den letzten Jahren ist wie selten zuvor die Bildungsfrage in den Fokus der gesellschaftlichen und politischen Debatte gerückt.

Verursacht nicht zuletzt durch die seit dem Jahre 2000 regelmäßig durchgeführten PISA-Untersuchungen, die dem deutschen Bildungssystem über die Jahre zwei deutliche Probleme bescheinigen:

1. ein Leistungsproblem, denn sowohl in der Spitze als auch in der Breite liegen die Ergebnisse im internationalen Vergleich eher im unteren Drittel;
2. ein Gerechtigkeitsproblem, denn in keinem anderen Land ist der Bildungserfolg so von der sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland.

Aus Sicht der Sozialdemokratie ist die Bildungsfrage die soziale Frage des 21. Jahrhunderts.

Nur ein sozial gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem sichert allen Menschen die aktive Teilhabe an der Gesellschaft.

Aus heutiger Sicht müssen wir feststellen, dass das derzeitige Bildungssystem in Sachsen-Anhalt (aber auch in Deutschland insgesamt) dieser Forderung nur ungenügend entspricht, trotz vieler durchaus vorhandener positiver Aspekte und Bemühungen in vielen Punkten verbesserungswürdig ist.

Die zukunftsorientierte Weiterentwicklung eines sozial gerechten und leistungsfähigen Bildungssystems hängt heute davon ab, dass zwei - sich scheinbar widersprechende - Ziele gleichzeitig erreicht werden:

die Orientierung der vorschulischen und schulischen Bildung an allgemeinen verbindlichen - Standards und die Förderung von Individualität und Differenz.

Das erste Ziel hebt die Vergleichbarkeit von Leistungen, das zweite Ziel die unvergleichbare Persönlichkeit hervor.

Das längere gemeinsame Lernen in Sachsen-Anhalt umzusetzen, bleibt Ziel der SPD.

Wir sind nicht der Meinung, dass eine Veränderung der Schulstruktur allein die bekannten Probleme im Bildungssystem lösen wird. Wir gehen davon aus, dass die Organisation des längeren gemeinsamen Lernens im Verbund mit Maßnahmen der individuellen Förderung und Qualitätsentwicklung sowie einer höheren Eigenständigkeit von Schulen eine notwendige Voraussetzung für durchgreifende Verbesserungen darstellt.

Damit zielen wir vor allem auf zwei Problembereiche:

Im Hinblick auf den künftigen Fachkräftebedarf benötigen wir insgesamt mehr Schulabgänger mit höheren Bildungsabschlüssen.

2007/2008 war die Anzahl der Schüler, die die Schule ohne einen Abschluss (10,9 %) oder mit einem Hauptschulabschluss (12 %) verlässt zu hoch. Die Anzahl der Hochschulzugangsberechtigten (37,6 %) war, verglichen mit europäischen Werten, zu niedrig.

Diese Potentiale gilt es zu erschließen.

Schule muss erreichbar sein. Sie gehört vor Ort in möglichst viele Städte und Gemeinden. Das gegliederte Schulsystem (Sekundarschule mit Haupt- und Realschulbildungsgang,

Gymnasium, 7 Förderschultypen) sorgt dafür, dass vielerorts die Schülerzahl nicht ausreicht, um eine Schule zu führen.

Im Ergebnis sitzt gerade im ländlichen Bereich ab der 5. Klasse ein Großteil der Schüler im Bus.

Wir sind der Meinung, dass eine Allgemeinbildende Oberschule, als Gemeinschaftsschule, die alle Kinder mindestens bis zum Ende der 8. Klasse gemeinsam besuchen, die richtige Antwort ist, um diese Herausforderungen anzugehen.

Dabei sehen wir es auch nicht für problematisch an, auf erfolgreiche Erfahrungen zurück zu greifen. Bis 1990 wurden in der ehemaligen DDR alle Kinder und Jugendlichen in der polytechnischen Oberschule beschult. Dabei handelte es sich um eine einheitliche zehnjährige Gemeinschaftsschule. Der Klassenverband blieb während des regulären Unterrichts über alle Schuljahre erhalten. Schüler, die das Abitur ablegen wollten, wechselten frühestens nach der 8. Klasse an die Erweiterte Oberschule. In Studien nachgewiesen, war das Niveau der Schulbildung vor allem im mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Bereich höher als das an einer heutigen Sekundarschule. Anfang der 90er Jahre wurde nach westdeutschem Vorbild in Sachsen-Anhalt das mehrgliedrige Schulsystem eingeführt. Fortan wurden die Schüler bereits nach der Klassenstufe 4 auf die Schulformen Gymnasium und Sekundarschule aufgeteilt. Nach der 6. Klasse erfolgt an der Sekundarschule eine Aufteilung auf den Hauptschul- bzw. Realschulbildungsgang.

Diese Veränderungen haben mit Sicherheit nicht zu einer Verbesserung des Bildungsniveaus geführt. Während unseren Grundschulern im Rahmen internationaler Vergleichsstudien ein gutes Zeugnis ausgestellt wird, zeigen sich bei den gestesteten 15jährigen Schülern trotz einer Steigerung in den letzten Jahren erhebliche Defizite, insbesondere beim Leseverständnis. Ein weiteres unrühmliches deutsches Markenzeichen ist der signifikante Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsabschluss.

Der besorgniserregende Leistungsabfall nach dem Übergang von der Grundschule an die weiterführenden Schulen muss gestoppt werden. Er steht aus unserer Sicht in engem Zusammenhang mit der ab Klassestufe 5 einsetzenden Aufteilung der Schüler auf verschiedene Schulformen, denn die Aufteilung nach der 4. Jahrgangsstufe erfolgt entwicklungspsychologisch zu früh. Viele Studien belegen die Prognoseunsicherheit von Schullaufbahneempfehlungen zu diesem frühen Zeitpunkt. Falsche Schullaufbahneempfehlungen erweisen sich in der Praxis aufgrund der mangelhaften Durchlässigkeit zwischen den Schulformen zumeist als wenig korrigierbar. Problematische Schullaufbahnen nehmen ihren Anfang.

Deshalb sind wir für ein längeres gemeinsames Lernen und stellen uns der Herausforderung, eine Schule zu organisieren, die eine sehr gute individuelle Förderung stärkerer und schwächerer Schüler gewährleistet und die möglichst lange vor Ort stattfindet. Dazu müssen jene Rahmenbedingungen geschaffen werden, die solch eine Förderung ermöglichen.

Wir setzen uns dafür ein, und der Landtag wird in diesem Jahr durch die Verabschiedung des Nachtragshaushaltes und eine Schulgesetzänderung die Voraussetzungen dafür schaffen, dass für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II (verschiedene Bildungsgänge bis zum Abitur) und auch Schülerinnen und Schüler der vollzeitschulischen Berufsausbildung eine möglichst kostenfreie Schülerbeförderung ermöglicht wird.

Unabhängig von den stark veränderten familiären Situationen und Beziehungen, weisen die Lebensräume, in die unsere Kinder hinein geboren werden und in denen sie leben und lernen auch regional z. T. große Unterschiede auf. So ist es sehr wohl ein Unterschied, ob man in Ballungsgebieten oder in dünn besiedelten ländlichen Räumen lebt, arbeitet und/oder vor allem lernt.



Die demografische Entwicklung besonders der letzten zwanzig Jahre, vor allem der dramatische Geburtenrückgang um ca. 50 Prozent, hat das Land vor schwierige Aufgaben gestellt.

In den Bereichen Kinderbetreuung (Kita) und Schule sind inzwischen aber strukturell die schwierigsten Probleme gelöst und es kann sowohl im Bereich der Kinderbetreuung als auch im Schulbereich auf ein für die nächsten Jahre stabiles Netz an Einrichtungen verwiesen werden. Dies war möglich, da besonders im Schulbereich durch die neue Verordnung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung differenzierte Planungswerte festgelegt werden konnten, die sich, ähnlich wie bei der Kommunalreform, auch an der Besiedlungsdichte orientieren.

Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland ist Bildung Ländersache.

Kommunale Gebietskörperschaften (die einzelne Kommune, Einheitsgemeinden, Verbandsgemeinden, sind Träger von Grundschulen und Kitas, der Kreis Träger der Sekundarschulen, Gymnasien, Förderschulen und Berufsschulen).

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten tragen dafür Sorge, dass gerade im ländlichen Raum, wo das Erreichen der Schulen fast immer mit längeren Fahrwegen verbunden ist, Bildungseinrichtungen (einschl. Kitas) gut erreichbar vorgehalten werden.

Die Lebens- und Einkommensbedingungen haben sich in den Familien sehr unterschiedlich entwickelt. Deshalb fordern wir, um schon im Kindesalter Ausgrenzungen zu vermeiden und auf gesunde Ernährung unter Nutzung der regionalen Ressourcen hinzuwirken, für alle Kinder ein kostenfreies Mittagessen anzubieten, das den Vorgaben der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. entspricht. Trinkwasserspender in allen Schulen können ebenfalls bei einer gesünderen Ernährung helfen.

Der Landtag prüft gegenwärtig die Teilnahme des Landes am Obst- und Milchprogramm der EU.

Gute Kommunalpolitik zeigt sich auch daran, wie in Zusammenarbeit mit dem Land diese Fragen geklärt werden.

Im Folgenden wollen wir zu den gegenwärtigen, einzelnen Bildungsbereichen einige Grundpositionen benennen.

## **1. Kindertagesstätten**

Die frühkindliche Bildung ist von besonderer Bedeutung. Deshalb muss eine klare politische Priorität auf die Stärkung des Bildungsauftrages der Kindertagesstätten gesetzt werden.

Alle Kinder sollen – unabhängig von sozialer Herkunft und Beschäftigungsstatus ihrer Eltern – einen Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung in einer Kindertagesstätte erhalten, denn der Grundstein für eine erfolgreiche Bildungsbiografie wird in den ersten Lebensjahren gelegt.

Das letzte Kindergartenjahr muss in spezifischer Weise auf den Eintritt in die schulische Bildung vorbereiten.

Bildungsmaßnahmen im letzten Jahr vor Schuleintritt sollen für alle Kinder mittelfristig kostenfrei zugänglich sein. Die Arbeit in den Kindertagesstätten erfolgt in Sachsen-Anhalt auf der Grundlage des wissenschaftlich begründeten Bildungsprogramms „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“.

Zur flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Umsetzung des Bildungsprogramms in allen Kindertagesstätten ist eine entsprechende Fortbildung aller Erzieherinnen erforderlich. Dazu hat die Landesregierung erste Maßnahmen ergriffen, in dem sie die Multiplikatoren und Fachberater ausbildet, die in den Kitas vor Ort die Mitarbeiterinnen weiterbilden.

Langfristig ist eine Akademisierung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern, was dem europäischen Standard entspricht.

Als erster Schritt steht kurzfristig seit dem Herbstsemester 2001/2010 ein Weiterbildungsangebot für Leiterinnen von Kindertagesstätten an der FH MD-SDL sowie an der MLU Halle zur Verfügung.

Eltern, Kindertagesstätten und Grundschulen sollen ihre bereits bestehenden verbindlichen Kooperationen intensivieren. Dadurch soll eine möglichst bruchlose Bildungsbiografie der Kinder gewährleistet, insbesondere Verzögerungen beim Eintritt in das Schulsystem, vermieden und Entwicklungsproblemen entgegengewirkt werden.

Kindertagesstätten sollten sich wechselseitig als enge Partner in der Zusammenarbeit mit Jugend- und Gesundheitsämtern, Kinderärzten, Schulen, Logopäden, Sportvereinen, Beratungsstellen u. a. verstehen und mit Unterstützung der kommunalen Verwaltungen ein Netz der Prävention und Förderung schaffen. So können problematische Entwicklungssituationen von Kindern frühzeitig erkannt und rechtzeitig wirksame Angebote zur Förderung und zum Nachteilsausgleich entwickelt und realisiert werden.

Zur Qualitätssicherung und besseren Selbsteinschätzung der eigenen Arbeit soll gemeinsam mit dem Jugendamt regelmäßig eine Evaluation stattfinden.

Für Kindertagesstätten besteht die Möglichkeit der Förderung zur Sanierung bzw. zum Aus- oder Neubau. Welche Einrichtungen nach dem EFRE- bzw. ELER-Programm bis 2013 gefördert werden, ist vom Sozialministerium inzwischen bekannt gegeben worden. Weitere Möglichkeiten ergeben sich durch Mittel aus dem Konjunkturprogramm II.

## **2. Schule**

### **2.1 Unterrichtsqualität und individuelle Förderung**

Um die individuellen Stärken und Potenziale aller Schülerinnen und Schüler besser zu entwickeln, muss der Unterricht im Regelschulsystem frühzeitig auf eine individuelle Förderung in integrativer Form ausgerichtet werden, um durch gezieltes Fördern und Fordern den Lernerfolg aller Schülerinnen und Schüler sowie die Selbststeuerung ihrer Lernbiografien zu verbessern. Dazu ist es erforderlich, dass alle Pädagoginnen und Pädagogen im Rahmen ihrer Aus- und Fortbildung dazu befähigt werden.

Für eine erfolgreiche Arbeit von Kindern mit Entwicklungsbesonderheiten, Lernproblemen oder aber besonderen Begabungen im Regelschulsystem sind zusätzliche Förder- und Unterstützungssysteme unerlässlich.

Die bisherige Entwicklung der Förderzentren ist aufmerksam zu verfolgen und wenn notwendig zu qualifizieren.

Die Förderzentren sollen dabei kontinuierlich zu Kompetenzzentren für Teilleistungsschwächen, sonderpädagogische und andere Förderbedarfe aber auch für diagnostizierte Hochbegabungen ausgebaut werden.

Der gemeinsame Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf in den Regelschulen soll schrittweise zur bevorzugten Form der institutionalisierten Förderung entwickelt und ausgebaut werden. Dafür sind die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen.

Schülerinnen und Schüler sollen nur dann in Förderschulen überwiesen werden, wenn eine integrative Förderung im gemeinsamen Unterricht nicht realisiert werden kann. Die flexible Schuleingangsphase in der Grundschule ist eine gute Möglichkeit, diese Entscheidung erst dann zu treffen, wenn alle anderen Möglichkeiten versagt haben.

Für die schulische und außerschulische Förderung hochbegabter/speziell begabter Kinder und Jugendlicher, die ebenfalls in besonderer Weise der Anregung und individuellen Förderung bedürfen, ist das landesweite Konzept zur Förderung Hochbegabter/speziell Begabter fortzuentwickeln und umzusetzen.

## **2.2 Ganztagsschulsystem**

Ganztagsschulen können auf der Grundlage ihrer besonderen pädagogischen Konzepte und des erweiterten Zeitrahmens einen wesentlichen Beitrag zur besseren individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen leisten und ihnen damit bessere Bildungschancen eröffnen. Die Ganztagsschulen müssen weiter gestärkt und entwickelt werden.

Die erfolgreiche Arbeit der Ganztagsschulen, die sich nicht zuletzt durch besondere pädagogische Konzepte und in der Regel durch hohes Engagement aller Beteiligten auszeichnet, sollte Vorbildcharakter sowohl für Sekundarschulen aber auch Gymnasien haben.

## **2.3 „Produktives Lernen“**

Um im jetzigen Schulsystem dem Schulabbruch wirksamer als bisher zu begegnen, sind die erfolgreichen Ansätze des „Produktiven Lernens“ in den Sekundarschulen zu verstetigen und unter Einbeziehung der Förderzentren weiter auszubauen.

Die hier angebotenen neuen methodischen Zugänge zur Bildung helfen abschlussgefährdeten Schülerinnen und Schüler, neue Wege zum persönlichen Lernerfolg zu beschreiten.

Das System des „Produktiven Lernens“ ist nach angemessener Zeit zu evaluieren.

## **2.4 Berufsschulen**

Das Netz möglichst flächendeckender, wohnort- bzw. betriebsnaher Bildungsangebote berufsbildender Schulen sollte sowohl für die mittelfristige als auch für die langfristige Schulentwicklungsplanung Bestand haben.

Dazu ist es erforderlich, in den nächsten Jahren die berufsbildenden Schulen inhaltlich zu profilieren und landkreisübergreifende Kooperationen zu stärken.

Hierbei ist die Vorhaltung breit gefächerter Bildungsangebote zu gewährleisten.

Aufgrund des stetig steigenden Spezialisierungsgrades dualer Ausbildungsberufe und parallel dazu sinkender Schülerzahlen ist es erforderlich, Auszubildende in Berufen eines Berufsbereiches gemeinsam zu unterrichten (Modulausbildung).

Die Rahmenbedingungen zur Einrichtung von Mischklassen müssen durch das Land zügig geschaffen werden.

Grundsätzlich ist auf Grund der geringen Schülerzahlen davon auszugehen, dass die Bildung von Fachklassen für einzelne Berufe mehr als bisher landesweit erfolgen wird.

Die Berufsschule muss allen Jugendlichen Chancen für eine berufliche Qualifikation eröffnen.

Die Integration von Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, ohne Schulabschluss und mit vielfältigen Benachteiligungen muss durch den Ausbau individueller Förderung verbessert werden. Grundsätzlich ist für diese Gruppe von Schülerinnen und Schülern hinsichtlich der Ausbildungsgänge eine Neuorientierung notwendig, um sinnlose „Warteschleifen“ zu vermeiden, die dem Einzelnen häufig nicht helfen, in seiner Bildungsbiografie erfolgreich voran zu kommen. (Hier ist der Bundesgesetzgeber gefragt/BBiG).

## **2.5 Politische Bildung und Demokratieerziehung in allen Schulformen**

Stärker als bisher muss die Schule ein Ort der Demokratie werden.

Kinder und junge Menschen brauchen ausreichend Möglichkeiten, demokratische Verfahren zu erlernen und demokratische Entscheidungen mit zu treffen.

Auch wenn das Schulgesetz des Landes durch die Bestimmungen zur Gremienarbeit demokratische Partizipation sichert, kann die Intensität und Teilnahme nicht befriedigen.

Dies gilt vor allem für die Arbeit mit den Eltern, aber auch mit Schülervereinerinnen und Schülervereinerern.

Demokratieerziehung kann nur erfolgreich sein, wenn die politische Bildung ein fester Bestandteil der allgemeinen Bildungs- und Erziehungsarbeit in der Schule ist und nicht auf das Fach Sozialkunde beschränkt wird. In diesem Bereich sind nach wie vor erhebliche Defizite sowohl bei Schülerinnen und Schülern aber auch bei Lehrerinnen und Lehrern zu verzeichnen.

Projekte wie die Durchführung der Juniorwahl an Schulen sind deshalb nachdrücklich zu unterstützen und auszuweiten.

Schulleitungen und Lehrerinnen und Lehrer sind häufig nicht ausreichend bereit, Mandatsträger der verschiedenen politischen Ebenen in ihre Schule zu holen und mit den Schülerinnen und Schülern politische Gespräche und Debatten zu führen.

Gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Kultusministerium muss zukünftig stärker daraufhin gewirkt werden, dass Politik auch in der Schule statt findet. Dies ist nicht im Sinne von Parteipolitik zu interpretieren, sondern im Sinne der Teilnahme am politischen Geschehen durch Information, Debatte und Auseinandersetzung bis hin zur eigenen Ausübung.

Schule darf kein unpolitischer Ort sein.

### **3. Schulbau und Schulsanierung**

Bestehende Fördermöglichkeiten zur Schulsanierung müssen gezielt und verantwortungsvoll genutzt werden.

Die Landkreise und kreisfreien Städte als Träger der Sekundar- und Förderschulen sowie der Gymnasien müssen weiterhin die vorhandenen Fördermittel gezielt schwerpunktmäßig einsetzen, um ein modernes und stabiles Schulnetz entstehen zu lassen.

Durch die Gemeindegebietsreform werden die Einheits- und Verbandsgemeinden Schulträger der Grundschulen.

Sie müssen die nächsten fünf Jahre nutzen, um in ihrem Territorium stabile und moderne Grundschulen zu schaffen, die den veränderten Anforderungen an die Primarbildung gewachsen sind. Dabei muss eine qualitativ hochwertige Beschulung der Grundschüler im Vordergrund stehen.

Beschluss LPT-2009

## **27. Voraussetzungen für den gemeinsamen Unterricht in Sachsen-Anhalt prüfen**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

### Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Der SPD-Landesverband fordert von der SPD-Landtagsfraktion die Überprüfung der laut § 18 der Verordnung über die sonderpädagogische Förderung vom 2. August 2005 notwendigen personellen, sächlichen und organisatorischen Voraussetzungen für den gemeinsamen Unterricht (Unterrichtung von Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in allgemeinen Schulen) in Sachsen-Anhalt.

Sollte die Prüfung ergeben, dass die in § 18 Abs. 1 geforderten personellen Möglichkeiten nicht in dem Maße vorhanden sind, dass für den gemeinsamen Unterricht ausreichend Fachpersonal für die Gewährung eines dem sonderpädagogischen Förderbedarf angemessenen Stundenkontingentes zur Verfügung steht, soll das Personal aufgestockt werden. Äquivalent soll bei festgestellten sächlichen („Lehr- und Lernmittel, angepasstes Mobiliar, apparative Hilfen und anderes“; § 18 Abs. 2) bzw. organisatorischen („Schülertransport, bauliche Gegebenheiten, Aspekte des schulorganisatorischen Ablaufes, Bedingungen des individuellen Tagesrhythmus, erforderliche Pflegeleistungen oder Ähnliches“; § 18 Abs. 2) Mängeln verfahren werden.

Sollten personelle, sächliche und/oder organisatorische Veränderungen nach Maßgabe der Haushalte nicht möglich sein, ist im Einzelfall die Notwendigkeit der Beendigung des gemeinsamen Unterrichts zum Wohle des entsprechenden Kindes zu prüfen. Es gilt zu bedenken, dass bei dieser Option das in Art. 24 (1) des – von Deutschland anerkannten und gesetzlich festgeschriebenen – Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen abgelegte Bekenntnis zum inklusiven Bildungssystem verletzt wird.

Beschluss LPT-2009

## **28. Aufgabenorientierte Budgetzuweisung für die Hochschulen**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

### Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Der SPD-Landesverband fordert von der SPD-Landtagsfraktion eine aufgabengerechte Budgetzuweisung für die Hochschulen in Sachsen-Anhalt.

Vor dem Hintergrund der Zukunftsfähigkeit des Landes spielen die Hochschulen eine entscheidende Rolle. Deshalb wird die SPD-Landtagsfraktion weiter beauftragt unter Einbeziehung der Hochschulen und ihrer Statusgruppen Strukturveränderungen zu prüfen, eine Profilbildung voranzubringen und dem entsprechende Finanzierungs- und Entwicklungskonzepte zu entwickeln.

Beschluss LPT-2009

## **29. Sportförderung an Schulen**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

### Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Der SPD-Landesverband fordert die SPD-Landtagsfraktion auf sich dafür einzusetzen, dass der Runderlass<sup>1</sup> des Kultusministeriums Sachsen-Anhalt zur Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen endlich umfassend umgesetzt wird. Des Weiteren ist der Runderlass dahingehend zu erweitern, dass die Förderung an Ganztagschulen allen Schülern gleichermaßen zuteil wird. Die Begrenzung auf die Begabtenförderung ist auszuschließen. Auf die Punkte eins, sieben und neun<sup>2</sup> des Runderlasses ist ein besonderer Schwerpunkt zu setzen.

Beschluss LPT-2009

## **30. Modell der Allgemeinbildenden Oberschule**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

### Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion erhält den Auftrag, gemeinsam mit der AfB umgehend das Modell der Allgemeinbildenden Oberschule inhaltlich und strukturell zu untersetzen und ein umsetzungsfähiges Konzept zu erarbeiten.

Beschluss LPT-2009

## **31. Weitere Universitätsfinanzierung ab 2020**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

### Annahme und Weiterleitung an die SPD-Bundesfraktion

Der SPD-Landesverband fordert die SPD-Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die Lasten für das Studium unter den Bundesländern gerecht verteilt werden und die Hochschulfinanzierung auf ein wettbewerbliches Anreizsystem nach dem Prinzip „Geld folgt den Studierenden“ umgestellt wird. Damit soll ein positiver Wettbewerb der Länder um Studierwillige erreicht werden. Unbeschadet der Anstrengungen ostdeutscher Bundesländer, Hochschulabsolventen zu halten, soll bei künftigen Verhandlungen zur Föderalismusreform II (Bund-Länder-Finanzausgleich) die Abwanderung von Landeskindern aus Ostdeutschland angemessen berücksichtigt werden.

---

<sup>1</sup> RdErl. des MK vom 16. 12. 2008-26-520 ([http://www.mk-intern.bildung-lsa.de/Bildung/er-schule\\_sport.pdf](http://www.mk-intern.bildung-lsa.de/Bildung/er-schule_sport.pdf) Stand 14.9.2009)

<sup>2</sup> Siehe Anlage zu den Beispielen zur Förderung von sportlich talentierten Schülern

Beschluss LPT-2009

## **32. Bündelung aller energiepolitischen Zuständigkeiten in einem Landesministerium**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion und den SPD-Landesvorstand

Wir fordern die Landtagsfraktion sowie den Landesvorstand der SPD Sachsen-Anhalt auf, sich im Rahmen des Landtagswahlkampfes sowie bei eventuell anstehenden Koalitionsverhandlungen für die Bündelung aller energiepolitischen Belange und Zuständigkeiten, die sich derzeit auf verschiedene Landesministerien aufteilen (z.B. Wirtschaft, Umwelt und Landwirtschaft), in einem einzigen, nicht aber in einem eigenständigen, Landesministerium einzusetzen.

Beschluss LPT-2009

## **33. Energie**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand

Die sich derzeit in Gründung befindende Arbeitsgruppe Energie der SPD Sachsen-Anhalt möchte sich mit folgenden Forderungen auseinandersetzen:

1. Zur Erreichung der Klimaziele in puncto Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes sowie Reduzierung weiterer klimarelevanter Stoffe orientieren wir uns grundsätzlich an den Vorgaben des Weltklimarates IPCC. Das 2-Grad-Ziel muss erreicht werden.
2. Energieeinsparung, Energieeffizienz und der Einsatz erneuerbarer Energien haben stets Vorrang vor fossilen Energieträgern.
3. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist ohne wenn und aber konsequent fortzuführen.
4. Der Neubau von Kohlekraftwerken, die als reine Kondensationskraftwerke ohne vollständige Nutzung der Abwärme betrieben werden sollen, ist generell zu verbieten und wird von der SPD abgelehnt. Kraft-Wärme-Kopplung ist Stand der Technik und deshalb bei Neubau zwingend vorzuschreiben. Dies gilt auch für den Standort Arneburg bei Stendal.
5. Wir lehnen den Neubau eines Großkraftwerkes mit Steinkohlefeuerung in Arneburg bei Stendal konsequent ab.
6. Kohle, Gas und Öl, die insbesondere für die stoffliche Nutzung (Chemieindustrie u.a.) von Bedeutung sind, sollen nur noch als Brennstoff eingesetzt werden, soweit die Energieversorgung nicht durch Einsparung, Effizienz und Erneuerbare Energie gedeckt werden kann.
7. In der Zukunft sind Elektrische Speichermedien wie Akkumulatoren und Kondensatoren Schlüsselkomponenten, für eine umweltfreundlichere Mobilität und für die Spei-

cherung von Energiespitzen aus Windkraft- und Solarkraftwerken. Dafür müssen jedoch die technologischen Voraussetzungen durch intensivere Forschung geschaffen werden. Genau hier liegt die Chance für die Forschungslandschaft in Sachsen-Anhalt. Deshalb fordern wir auch im Zusammenhang mit Solarvalley einen Forschungsschwerpunkt Speichermedien in Sachsen-Anhalt zu setzen.

8. Wir sehen Potential zum Bau weiterer Biogasanlagen, die mit geeigneten Abfall- und Reststoffen betrieben werden können, ohne dabei den Monokulturanbau zu vergrößern.
9. Die Anwendung der dezentralen kleinen Kraft-Wärme-Kopplung (Kleinst-KWK) im privaten sowie gewerblichen Bereich ist zu fördern bzw. vorzuschreiben. Für einen Übergang gilt dies aus Effizienzgründen auch für fossile Brennstoffe. Mittel- und Langfristig ist eine Förderung der Kleinst-KWK ausschließlich mit erneuerbaren Energien sinnvoll.

Beschluss LPT-2009

### **34. Gestaltung der Globalisierung: Aufgabe für die deutsche Sozialdemokratie**

#### ***Der Landesparteitag hat beschlossen:***

##### Annahme und Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand

Die SPD hat, insbesondere in den Jahren wo sie Regierungsverantwortung getragen hat, dramatisch an Zustimmung verloren. Durch gesellschaftliche Veränderungen, aber auch durch Parteien, die rechts und links der SPD mit klassischen sozialdemokratischen Themen Wähler abgeworben haben, sind der SPD große Teile ihrer klassischen Wählerschaft verloren gegangen. Es wird immer schwieriger zu vermitteln, warum gerade die SPD gewählt werden soll. Parallel dazu hat nach dem Ende des Kalten Krieges die Globalisierung erheblich an Dynamik gewonnen. Sich rasch entwickelnde moderne Kommunikations- und Verkehrswege, vereinfachte bürokratische Regelungen und die Entwicklung der Finanzmärkte machen traditionellen Märkten und Produktionsstandorten Konkurrenz. Die negativen Auswirkungen der Globalisierung, wie z.B. Arbeitsplatzverlagerungen, insbesondere gering Qualifizierter, oder kaum geregelte Finanzmärkte machen vielen Menschen Angst. Dabei werden die positive Auswirkungen für die Industrie- wie auch für die Entwicklungsländer häufig übersehen:

- die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit wird gesteigert,
- In Exportnationen wie z.B. Deutschland werden insbesondere hochproduktive Arbeitsplätze gesichert,
- in den Schwellenländern steigen Umweltschutz- und Sozialstandards, wenn auch langsam, an.

Die Globalisierung und der daraus folgende weltweite Strukturwandel wird weitergehen und ist nicht aufzuhalten. Diese Prozesse müssen politisch gestaltet werden. Dies ist bisher nur ansatzweise und unzureichend geschehen. In Deutschland ist bisher keine politische Kraft erkennbar, die sich dieser Aufgabe umfassend stellt. Die Einen wollen möglichst alles den sich angeblich selbst regulierenden Märkten überlassen, die Anderen versuchen die Globalisierung zurückzudrehen. Die CDU schickt einen EU-Laien und wenig geliebten Ministerpräsidenten als Kommissar nach Brüssel, die LINKE lehnt den Vertrag von Lissabon ab!



Die Sozialdemokratie hat in ihrer Geschichte dem Internationalismus immer einen wichtigen Platz eingeräumt. Bereits seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts haben Sozialdemokraten erkannt, wie wichtig es ist, über die Grenzen des eigenen Landes hinaus, gemeinsame Politik zu machen. Der 1. Mai und auch der internationale Frauentag wurden 1889 bzw. 1910 von der Sozialistischen Internationale (SI) ins Leben gerufen und werden noch heute gefeiert! Leider hat die SPD nach Willy Brandt keine herausragende Rolle mehr in der SI gespielt. Auch das Thema Entwicklungszusammenarbeit, einst von der SPD im Regierungshandeln verankert, spielt in der SPD nur noch eine Nebenrolle.

Wir wissen aber heute besser denn je, wie wichtig es ist, den Herausforderungen unserer globalisierten Welt auch weltweites gemeinsames Handeln entgegenzusetzen. Insbesondere betrifft dies:

- den Klimawandel und Umweltschutz,
- die Einhaltung der Menschenrechte,
- die Armutswanderungen,
- die Konfliktbewältigung,
- die Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung,
- den Kampf um natürliche Ressourcen wie Wasser und knapper werdende Rohstoffe,
- sowie faire und soziale Regeln im Welthandel und auf den internationalen Finanzmärkten.

Deshalb muss die SPD sich wieder stärker in der SPE und in der Sozialistischen Internationale engagieren. Ziel muss es sein, dass die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas in der SPE und weltweit in der SI, Lösungen für globale Fragen entwickeln und diese dann auch in konkretes politisches nationales und internationales Handeln münden. Wenn wir es nicht tun, wird es kein anderer machen: Fairness und Gerechtigkeit in der EU und weltweit, sind Voraussetzung für eine friedliche und lebenswerte Zukunft. Sich für die Lösung dieser drängendsten Probleme unserer Zeit einzusetzen, eröffnet der deutschen Sozialdemokratie die Chance, bei den Menschen als einziger und unverzichtbarer Sachwalter für diese wichtigen Fragen und damit für ihre eigene Gegenwart und Zukunft wahrgenommen zu werden.

Beschluss LPT-2009

### **35. Urwahl der/des Spitzenkandidatin/en für die Landtagswahl 2011**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

#### Annahme und Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand

Die SPD Sachsen-Anhalt fordert den SPD-Landesvorstand auf, die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, damit die Entscheidung über die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl 2011 in einer Urwahl von allen SPD-Mitgliedern des Landesverbandes Sachsen-Anhalt getroffen werden kann, sofern mehr als ein/e Kandidat/in zur Verfügung steht.

Beschluss LPT-2009

### **36. Anschaffung eines Kleintransporters**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand zur Beratung

Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, für eine grundlegende Kampagnenfähigkeit der gesamten SPD-Sachsen-Anhalt, einen Kleintransporter (neu oder gebraucht) mit der Sitzkapazität von ca. 8-9 Personen und ausreichenden Stauraum für Material bis spätestens August 2010 anzuschaffen.

Beschluss LPT-2009

### **37. Resolution zur Besetzung des neuen Landesvorstandes**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Alle Delegierten des außerordentlichen SPD-Landesparteitages am 19.12.2009 sind aufgefordert durch ihre Stimmabgabe bei der Wahl des Landesvorstandes darauf zu achten, dass die Zahl der hauptamtlichen Politiker und Mandatsträger (Ministerinnen/Minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, Abgeordnete des Europaparlaments, des Bundes- und des Landtages) unbeschadet geltender Quotierungsregelungen nicht mehr als 50% der Mitglieder des neuen SPD-Landesvorstandes beträgt.

Beschluss LPT-2009

### **38. Wir bleiben linke Volkspartei – neue Mehrheiten für soziale Politik möglich machen**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesvorstand

Die SPD steckt politisch, inhaltlich und organisationspolitisch in einer tiefen Krise. Nach dem katastrophalen Ergebnis der Bundestagswahl wird es keinen schnellen Ausweg aus dieser Krise geben. Bei vielen Wählerinnen und Wählern und bei vielen gesellschaftlichen Gruppen, die der SPD traditionell verbunden sind, ist die Verunsicherung über den Kurs der SPD mit Händen zu greifen.

Aber: Die sozialdemokratische Partei wird gebraucht. Gerade die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise macht unübersehbar deutlich, wie dringend politische Konzepte gebraucht werden, die auf eine aktive Rolle des Staates zur sozialen Steuerung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung setzen. Nicht nur im nationalen und europäischen, sondern immer stärker auch im internationalen Maßstab brauchen wir sozialstaatliche Regulierung und nachhaltige Entwicklung. Das geht nicht ohne die Sozialdemokratie und ihre Bündnispartner in den Gewerkschaften.

Deshalb kämpfen wir dafür, unsere Rolle als linke Volkspartei zu erhalten und wieder glaubwürdig auszufüllen. Darum ringen wir auf allen Ebenen:

- **im Bund:**

Die schwarz-gelbe Koalition schwankt schon wenige Wochen nach der Regierungsbildung zwischen der Durchsetzung neoliberaler Glaubenssätze, durchsichtiger Klientelpolitik und Wählerbetrug hin und her. In schwieriger Zeit fehlt Deutschland politische Führung ebenso wie der Sinn für soziale Gerechtigkeit.

Wir erwarten in dieser Situation vom neu gewählten SPD-Parteivorstand und von der Bundestagsfraktion, dass sie die Oppositionsrolle annehmen, glaubwürdig verkörpern und die Voraussetzungen dafür schaffen, innerhalb der Opposition auch inhaltlich zur führenden Kraft zu werden. Das verlangt mehr als nur die Kritik des Regierungshandelns, es verlangt auch eine selbstkritische Bestandsaufnahme unserer Partei. Sigmar Gabriel hat zurecht auf den Verfall der Diskussionskultur der Bundespartei in den letzten Jahren hingewiesen, die für solche Kritik keinen Raum mehr ließ. Jetzt führt daran kein Weg mehr vorbei.

Wir können die politische Uhr nicht auf die Zeit vor der Agenda 2010 zurückdrehen. Aber wir müssen feststellen: Das Ziel war es, durch neue Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, durch „Fördern und Fordern“ und durch eine Stärkung und Modernisierung der Arbeitsvermittlung Menschen aus Langzeitarbeitslosigkeit in Arbeit zu bringen. Das ist teilweise gelungen, wenn auch vor allem mit mehr Zeitarbeit und Teilzeitbeschäftigung. Aber gleichzeitig steht der Begriff „Hartz IV“ heute für ein verfestigtes, stigmatisiertes Milieu, aus dem es für die Betroffenen – und schlimmer noch: für ihre Kinder – kaum Auswege gibt.

Der Begriff „Hartz IV“ und die damit verbundenen negativen gesellschaftlichen Bilder werden allenthalben verbunden mit der Politik der SPD. Das hat uns schweren Schaden zugefügt, das hat zahlreiche Wählerinnen, Wähler und Mitglieder verprellt, und das belastet uns auch weiterhin, ebenso wie die Rente mit 67 und die Mehrwertsteuererhöhung. Davon werden wir uns nur befreien können, wenn es gelingt, neue, zukunftsweisende Ansätze in der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu formulieren. Dazu gehört auch weiterhin der Einsatz für flächendeckende Mindestlöhne. Volkspartei können wir nur sein, wenn wir auf diesen Feldern die Interessen unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessengruppen aufgreifen, bündeln und zu einem mehrheitsfähigen politischen Projekt mit starker sozialer Handschrift zusammenführen. Politische Konzepte müssen nicht am Beifall der Leitartikel, sondern am Willen unserer Wählerinnen und Wähler gemessen werden.

- **im Land:**

In Sachsen-Anhalt ist die SPD Teil einer stabilen Regierungskoalition; Fraktion, Ministerinnen und Minister setzen wesentliche Maßstäbe für das Handeln dieser Koalition. Unser Abschneiden bei der Bundestagswahl im Land hat aber gezeigt, dass wir von einer stabilen wahlpolitischen Verankerung der Landespartei weit entfernt und zur Zeit nur drittstärkste Kraft in Sachsen-Anhalt sind. Mit dieser Lage finden wir uns nicht ab. Unser Ziel ist es unverändert, 2011 die Verantwortung für die Führung des Landes zu übernehmen.

Deshalb kommt es auch auf Landesebene darauf an, unser Profil zu schärfen, wie es uns mit der Entwicklung des Konzepts der Allgemeinbildenden Oberschule und den Diskussionen im Bildungskonvent beispielhaft gelungen ist. In der nächsten Wahlperiode des Landtages muss der Durchbruch zum längeren gemeinsamen Lernen und zur Einführung der AOS gelingen.

Im Jahr 2010 werden wir im Landesverband eine breite Programmdiskussion zur Vorbereitung auf die Landtagswahl führen. Alle Mitglieder und alle Gliederungen werden die Möglichkeit haben, an der Erarbeitung des Programms mitzuwirken. Zu den Grundlagen gehören eine ehrliche Bestandsaufnahme des im Land bisher Erreichten und der Defizite, ein offener Dialog mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und eine klare Schwerpunktsetzung auf soziale Gerechtigkeit, Bildung und Partizipation.

Das Bundestagswahlergebnis und seine Auswirkungen lassen auch die organisationalpolitischen Schwächen der SPD offen zutage treten, und das besonders in den ostdeutschen Landesverbänden. Zum Anspruch einer Volkspartei gehört auch, flächendeckend präsent zu sein, überall als Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stehen und auf allen Ebenen gestaltend zu wirken. Diesen Anspruch können wir in Sachsen-Anhalt derzeit nur ansatzweise einlösen. Der neue Landesvorstand ist deshalb aufgefordert, parallel zu den Wahlkampfanstrengungen kontinuierlich und mit langem Atem an einer Stärkung der Parteiorganisation und an der Öffnung der SPD für neue Mitgliedergruppen zu arbeiten. Dazu gehört auch eine Verbesserung des innerparteilichen Informationsflusses auf allen Ebenen.

- **in den Kommunen:**

Die kommunalpolitische Verankerung der SPD ist in den letzten Jahren erkennbar zurückgegangen. Die Kommunalwahlen des Jahres 2009 haben zu einem Verlust an Wählerstimmen und Funktionsträgern geführt. Dadurch gibt es für die Wählerinnen und Wähler im Alltag auch weniger Kontakt zu sozialdemokratischer Praxis. Das ist für uns über die kommunalpolitische Verantwortung hinaus ein Nachteil.

Sozialdemokratische Politik ist Politik im Interesse der kommunalen Selbstverwaltung. Die Schaffung nachhaltig tragfähiger Gemeindestrukturen, ein aufgabenbezogener und von der Einnahmesituation des Landes unabhängiger kommunaler Finanzausgleich sowie die Teilentschuldung der Kommunen sind Leistungen, die sich sehen lassen können.

Die SPD Sachsen-Anhalt wird ihre Arbeit in den nächsten Jahren daran orientieren, ihre eigenen kommunalpolitischen Strukturen wieder zu stärken und zukunftsorientierte, gemeinschaftsfördernde Projekte vor Ort zu entwickeln. Ausstrahlungskräftige Kandidatinnen und Kandidaten sollen gezielt aufgebaut, qualifiziert und unterstützt werden. Die Zusammenarbeit mit parteilosen Kandidatinnen und Kandidaten auf SPD-Listen und in kommunalen Fraktionen soll auch dazu genutzt werden, neue Mitglieder für unsere Partei zu gewinnen und die kommunale Basis der SPD zu verbreitern.

Beschluss LPT-2009

### **39. Solidarische Listenaufstellung zur Europawahl**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an den SPD-Parteivorstand

Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, für die kommende Europawahl Landeslisten aufzustellen oder die Listenaufstellung durch Bundesparteitagsbeschluss derart zu gestalten, dass auf den aussichtsreichen Listenplätzen (1 bis 20) der Bundesliste jeder SPD-Landesverband mit mindestens einem Kandidaten bzw. einer Kandidatin vertreten ist.

Beschluss LPT-2009

### **40. Unterstützung der Kandidatenfindung für kommunale Wahlämter**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen***

Annahme und Weiterleitung an die AG Mitglieder

Die Findung geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten zu Landrats-, Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen gestaltet sich seit Jahren schwierig.

Der Landesvorstand wird deshalb aufgefordert, die Datei über bisherige KandidatInnen zu nutzen, um den persönlichen Kontakt zu ehemaligen Mandatsträgern herzustellen und zu pflegen, um so die Bereitschaft für eine erneute Kandidatur – auch überregional – zu stärken.

Dieser Kandidatenpool soll bei künftigen Wahlvorbereitungen die Kandidatenfindung unterstützen. Der Landesvorstand benennt dafür einen Verantwortlichen.

Beschluss LPT-2009

### **41. Stärkung der SPD-Arbeit vor Ort**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand

Zur Belebung des Informations- und Gedankenaustausches in der Partei sollte der Landesvorstand gemeinsam mit den Ortsvereinen, Kreistags-, Stadt- und Gemeinderatsfraktionen regelmäßig Veranstaltungen vor Ort organisieren.

Beschluss LPT-2009

## **42. Arbeit der Fachausschüsse**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand

Der SPD-Landesvorstand wird gebeten, die Arbeit der Fachausschüsse wieder mehr zu aktivieren und in geeigneter Weise Mitglieder und interessierte Personen zur Mitarbeit zu gewinnen.

Beschluss LPT-2009

## **43. Mitgliederwerbung**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand

Der neugewählte SPD-Landesvorstand soll sich verstärkt der Mitgliederwerbung zuwenden.

Beschluss LPT-2009

## **44. Wahlparteitag**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand

Der neugewählte Landesvorstand soll in eine programmatische Diskussion eintreten und spätestens im Herbst 2010 einen Wahlparteitag einberuft.

Beschluss LPT-2009

## **45. Antragskommission**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand zur Beratung

Die Antragskommission hat nur noch redaktionellen Charakter und gibt keine Voten oder Empfehlungen ab.

Der Landesvorstand wird beauftragt die satzungsrechtlichen Vorbereitungen dafür zu treffen.

Beschluss LPT-2009

## **46. Ein langfristiges SPD-Zeitungsprojekt für Sachsen-Anhalt**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand

Der SPD-Landesvorstand möge Umsetzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten eines Zeitungsprojektes prüfen, dass sich an dem Vorbild der „Zeitung am Sonntag“ (ZaS) der 70er Jahre orientiert.

Beschluss LPT-2009

## **47. Erweiterung der sozialdemokratischen Präsenz im Hinblick auf das Internet**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand zur Vorbereitung einer Veranstaltung

Der Landesparteitag anerkennt die Rolle, die der Internetwahlkampf während der Bundestagswahl 2009 gespielt hat. Die Bedeutung des Internet als Raum der Kommunikation, der Diskussion und des Wissens darf nicht unterschätzt werden, sondern muss vielmehr als Chance verstanden und sein Potential genutzt werden.

Der vermehrte Einsatz sozialer Medien wie beispielsweise den Social-Network Plattformen *facebook* und *studivz* oder des Mikro-Blogs *Twitter* kann sich jedoch nur vor dem Hintergrund einer Überarbeitung der sozialdemokratischen Politik in diesem Bereich rentieren, will man sich nicht selbst ad absurdum führen.

Beschluss LPT-2009

## **48. Zur Erneuerung der SPD**

***Der Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand

1. Die SPD bedarf der Erneuerung. Das betrifft besonders die innerparteiliche Willensbildung, die zukünftig wieder von unten nach oben erfolgen muss. Die SPD muss sich ihrer Wurzeln besinnen und vom Kanzlerwahlverein wieder zur lebendigen Mitgliederpartei werden. Dabei ist jedes einzelne Mitglied gefragt. Stärker als bisher müssen wichtige Sach- und Personalentscheidungen einem Mitgliederentscheid zugänglich gemacht werden. Die Landes-SPD setzt sich dafür ein, die entsprechenden Vorschriften im Organisationsstatut unserer Partei in diesem Sinne anzupassen.

2. Alle Mitglieder der SPD werden angehalten, Sachfragen in den Mittelpunkt unserer innerparteilichen Diskussion zu rücken, wobei sich die innerparteilichen Diskussionen in der Sache an den gemeinsamen Zielen der Sozialdemokratie und nicht am überholten innerparteilichen Links-Rechts-Schema ausrichten sollen. Die so genannten Flügel unserer Partei dürfen nicht den Eindruck erwecken, sie arbeiteten aus Prinzip gegeneinander, ohne in der Sache überhaupt kompromissfähig zu sein. Wer innerparteiliche Demokratie nicht lebt, kann kein Vorbild für eine lebendige demokratische Gesellschaft sein!
3. Die Öffnung der Partei in die Gesellschaft darf kein reines Lippenbekenntnis sein. Wir brauchen echte Partizipationsmöglichkeiten, die über das Aufnehmen von Problemen und inhaltlichen Anregungen hinausgehen. Die Landes-SPD ist offen für engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich nicht parteipolitisch binden wollen. Sie setzt sich stärker als bisher für offene Listen ein, auf denen Nichtmitglieder, die uns nahe stehen, für öffentliche Ämter kandidieren können.
4. Die Landes-SPD macht sich stark für mehr plebiszitäre Elemente in unserer Demokratie, wie z.B. Volksabstimmungen auf Bundesebene. Darüber hinaus brauchen wir nach der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Änderung des Bundeswahlgesetzes eine offene Diskussion über mehr Transparenz bei der Kandidatenaufstellung in den Parteien. So wäre denkbar, den Wählerinnen und Wählern das Recht einzuräumen, ihre Zweitstimme gezielt einem bestimmten Bewerber auf der Liste zu geben.

Beschluss LPT-2009

## **49. Koalitionsaussagen**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand

Der SPD-Landesverband spricht sich dafür aus, konkrete Festlegungen zu möglichen Koalitionen in der sechsten Legislaturperiode bis zur Landtagswahl 2011 zu unterlassen. Es sollte lediglich eine klare Absage gegen jegliche Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien bzw. Wählergemeinschaften formuliert werden.

Beschluss LPT-2009

## **50. Quotierung des Landesvorstandes**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand zur Beratung

Der Landesvorstand wird beauftragt, die mit dem Antrag vorgeschlagene Absicht, satzungsrechtlich zu prüfen. Bei positivem Prüfergebnis legt der Landesvorstand zum nächsten ordentlichen Landesparteitag einen entsprechenden satzungsändernden Antrag vor.



Beschluss LPT-2009

## **51. Bürgerfreundliche und moderne Rundfunkgebühren-Reform**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Der SPD-Landesverband fordert die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Landesregierung auf, sich für eine bürgerfreundliche Reform der Rundfunkgebühren einzusetzen. Das heißt, gegen die Umkehr der Beweispflicht einzutreten, gegen eine Abschaffung des vergünstigten Beitragssatzes für Internet fähige Geräte und gegen eine Gleichstellung aller digitalen Wiedergabegeräte, wie PC, Handy und Co. mit dem Fernseher.

Beschluss LPT-2009

## **52. Anrechnung der Kindergelderhöhung auf Hartz IV Bezüge**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion

Der SPD-Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die beschlossene Kindergelderhöhung nicht auf Hartz IV Bezüge angerechnet wird. Diese Anrechnung ist ein weiteres Merkmal der Gerechtigkeitslücke in Deutschland. Das Geld kommt bei den Kindern nicht an und die soziale Lage der Kinder verbessert sich damit nicht.

Es muss angestrebt werden, dass das Geld direkt die Bildungsmöglichkeiten, auch der Kinder aus finanziell schwächeren Schichten, verbessert. Möglichkeiten der frühkindlichen Bildung sind besonders zu berücksichtigen.